

L-01-040 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 40 bis 50:

~~Die Gemeinschaftsschule ist die Schulform, in der unsere Vorstellungen von guter Bildungspolitik am besten verwirklicht werden können. Es sind die Länder mit nicht gegliederten Schulsystemen, die die besten Ergebnisse bei internationalen Vergleichsstudien erzielen. Ein nicht gegliedertes Schulsystem führt also offensichtlich zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Die Gemeinschaftsschule gibt die Möglichkeit, vom Kind aus zu denken, jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern und zu dem Abschluss zu führen, der für das Kind der passendste ist. Gleichzeitig ist die Gemeinschaftsschule die Schulform, die am besten die Gesellschaft als Ganzes abbildet, Bildungsgerechtigkeit und Durchlässigkeit ermöglicht, egal woher Kinder kommen. Die Gemeinschaftsschule sorgt dafür, dass sich Kinder aus unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen begegnen, kennen und schätzen lernen.~~

Dabei haben wir alle Schulen im Blick, egal welcher Schulform. Um „Qualität für alle“ zu erreichen, müssen sich alle Schule weiterentwickeln, manche mehr, manche weniger. Wir haben in Berlin zu wenig gute Schulen und zu viele Schulen in schwieriger Lage. Wir sehen, dass Qualität und Erfolg von Schulen, die ähnliche Strukturdaten bei den Schüler*innen habe, sehr unterschiedlich sein können. Darin steckt eine wichtige Botschaft: Wenn Schulen Probleme haben, liegt es nicht an den Kindern! Diskriminierung und Stigmatisierung von ohnehin schon benachteiligten Kindern werden im Gegenteil noch verstärkt, wenn man Schulen vermittelt, dass sie die falschen Kinder haben und dass man ihnen nur die guten beimischen müsse. Gerade diese Kinder müssen spüren, dass sie die richtigen sind, dass sie gewollt sind!

Begründung

Begründung: Der Absatz im Antrag mit Aussagen zu einer Schulart (Gemeinschaftsschule) passt nicht in den ersten Abschnitt mit grundsätzlichen Positionen, er enthält außerdem gebündelt sachlich und politisch falsche Bewertungen zu PISA und der Wirkung nicht-gegliederter Schulsysteme sowie zur Gemeinschaftsschule. Da auf die Gemeinschaftsschule später noch eingegangen (S. 8/9) wird, ist es hier eine auch vermeidbare Doppelung in dem eher zu langen Antrag.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich (KV Pankow), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Jörg Freese(LAG Bildung), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Ronald Haustein(KV Lichtenberg), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)